

# Der Kongress der Gemeinden und Regionen



## 23. TAGUNG

Straßburg, 16.-18. Oktober 2012

## Jugend und Demokratie: Das veränderte politische Engagement junger Menschen

Empfehlung 327 (2012)<sup>1</sup>

1. Die Jugendarbeitslosigkeitsrate ist seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 erheblich gestiegen und hat in einigen Staaten des Europarats gegenwärtig über 50% erreicht. Dies zeigt jedoch nicht das komplette Bild, denn einige junge Menschen, welche ihre Ausbildung abgebrochen haben, die so genannten NEETs (neither in education nor in employment or training = weder in Schule, Beschäftigung oder Ausbildung), erscheinen in keiner Arbeitsmarktstatistik.

2. Je länger junge Menschen arbeitslos sind, desto schwieriger wird es für sie, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Junge Menschen sind erheblich von sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht.

3. In wirtschaftlichen Krisenzeiten, wenn die Stellenangebote sinken und die Qualifikationsansprüche gleich hoch bleiben, wird der Zugang zum Arbeitsmarkt immer schwieriger, besonders für junge Menschen, die keine abgeschlossene allgemeine Schulbildung oder berufliche Ausbildung vorzuweisen haben. Lernen und Wissen werden aber nach wie vor nur mit den entsprechenden formalen Zeugnissen anerkannt; dies gilt auch für Kompetenzen, die im Bereich der informellen Bildung erlernt werden. Das Wissen und die Kompetenzen, die durch informelles Lernen erworben werden, sind offensichtlich wichtig für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und müssen daher als solche anerkannt werden.

4. Die sich verändernde demografische Struktur der europäischen Gesellschaften führt dazu, dass die Jugend in der Zukunft eine Minderheit in einer überalterten Gesellschaft sein wird, ihr Einfluss wird innerhalb des demokratischen Systems abnehmen, Jugendthemen und -bedürfnisse werden in den politischen Debatten und Entscheidungsprozessen an Gewicht verlieren. Diese wahrgenommene politische Marginalisierung könnte zu politischer Frustration und zu Misstrauen bei jungen Menschen führen.

5. Das politische Engagement junger Menschen nimmt neue Formen der Bürgerschaft an; ihre Partizipation erfolgt über das Internet, durch das Unterzeichnen von Petitionen oder die spontane Teilnahme an Demonstrationen. Dies sind Formen der Partizipation, die allen jungen Menschen offen stehen und für diese zugänglich sind, einschließlich jener ohne Wahlberechtigung, die in den meisten europäischen Staaten erst mit 18 Jahren verliehen wird.

6. Angesichts des Vorstehenden empfiehlt der Kongress dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern:

a. den politischen Einfluss junger Menschen durch das Angebot weiterer Bürgerrechte zu stärken, z. B. durch Prüfen der Möglichkeit, das Wahlberechtigungsalter auf 16 Jahre zu senken, wie in der Entschließung 1826 (2011) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vorgeschlagen;

---

<sup>1</sup> Diskussion und Annahme durch den Kongress am 17. Oktober 2012, 2. Sitzung (siehe Dokument [CG\(23\)9](#), Begründungstext), vorgestellt von H. Bozatlı, Türkei (R, EVP/CD) im Auftrag von E. Ampe, Belgien (R, ULDG), Berichterstatterin.



*b.* die Entschließung 1828 (2011) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Umkehr der drastischen Abnahme der Jugendbeschäftigung umzusetzen;

*c.* die Entschließung 1885 (2012) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats „Die geopfert Jugend: Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Finanzkrise“ umzusetzen;

*d.* die Anerkennung von Kompetenzen zu fördern, die über informelle Bildungseinrichtungen und Bildungsprogramme erworben werden, wie in der Empfehlung Rec(2003)8 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die Förderung und Anerkennung von informeller Bildung/informellem Lernen von jungen Menschen befürwortet.